

33. GESCHÄFTSBERICHT DER AUNS 2019



AUNS
ASIN
ASNI

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Vorstand

Präsident

Reimann Lukas, Jurist (Master of Law), Nationalrat, 9500 Wil

Vizepräsidenten

Chiesa Marco, lic. rer. pol., Ständerat, 6977 Ruvigliana

Keller-Inhelder Barbara, Geschäftsführerin, a. Nationalrätin, 8640 Rapperswil-Jona

Kessler Oswald, Präsident IPG, 1400 Yverdon-les-Bains

Mitglieder

Cipolla Jean-Dominique, Notar, 1920 Martigny

Damiani Mauro, Geschäftsführer, Gemeinderat, 6516 Cugnasco-Gerra

Fournier Anne, Unternehmerin, 1007 Lausanne

Freysinger Oskar, Gymnasiallehrer, lic. phil. I, a. Nationalrat und a. Staatsrat, 1965 Savièse

Fuchs Thomas, Betriebswirt, a. Nationalrat und a. Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Grangier Kevin, Unternehmer, 1845 Noville

Heinrich Luca, Student, Autor, 7270 Davos Platz

Hengeveld Elvira, Zahntechnikerin, 7205 Zizers

Kunz Christoph, Kaufmann, Kassier der AUNS, 3800 Matten b. Interlaken

Mörgeli Christoph, Prof. Dr., Historiker, a. Nationalrat, 8713 Uerikon

Olivary Gérard, Vermögensverwalter, 8126 Zumikon

Rückert Amanda, Rechtsanwältin, Kantonsrätin, Stadträtin, 6962 Viganello

Schneider Sandra, Kauffrau, Grossrätin, Stadträtin, Präsidentin Junge AUNS, 2500 Biel

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, a. Nationalrat, 5405 Baden

Stampfli Christoph, Wirtschaftsingenieur, Unternehmer, 8905 Arni (bis 4.5.2019)

Surber-Devoto Conrado A., dipl. Ing. ETH, lic. oec. publ., Lima, Peru

Szita Nicolas, Prof. Dr. (Technische Biochemie), Welwyn Garden City, Grossbritannien

Zulliger Christian, Vermögensverwalter, 8477 Oberstammheim.

Revisor

Roth Andreas, Notar, 3822 Lauterbrunnen

Geschäftsstelle

Gartenmann Werner, Geschäftsführer, 3800 Matten b. Interlaken

Flück Sandra, Sekretariat, 3800 Matten b. Interlaken

Fischer Katharina, Sekretariat, 3006 Bern (bis 31.3.2019)

Impressum

Herausgeber: Vorstand der AUNS

Redaktion: Geschäftsstelle der AUNS (Redaktionsschluss: 20. Februar 2020)

Postfach, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27

Internet: www.auns.ch / E-Mail: info@auns.ch

facebook.com/auns.asin.asni, Twitter: @AUNS_CH

PC-Konto: 30-10011-5 / IBAN CH91 0900 0000 3001 0011 5



Tätigkeit 2019

Schweizer Waffengesetz weiter der EU angepasst

Bundesrat und Parlamentsmehrheit haben am 28.9.2018 dem Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) zugestimmt. Die AUNS hat das von Schützenkreisen lancierte Referendum gegen das EU-Entwaffnungsdiktat personell und materiell unterstützt. Die Volksabstimmung ging am 19.5.2019 verloren. Offenbar verfiel die Kampagne der EU-Befürworter, die wiederum geprägt war von Drohungen und Erpressungen: «... dass der Vertrag (Schengen/Dublin. Anm. Red.) zwischen der Schweiz und der EU, wenn die Schweiz eine Schengen-relevante Richtlinie nicht

übernimmt, automatisch dahinfällt. ... Folgen eines Wegfalls der Schengen-Assoziierung ergeben, dass dieser für die Schweizer Volkswirtschaft zu einem jährlichen Einkommensverlust von bis zu 11 Milliarden Franken führen würde.» Diese nicht erhärteten Aussagen machte Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Ständerat am 11.9.2018.



Die AUNS wurde von den Verantwortlichen der Nein-Kampagne dringend gebeten, sich in den Abstimmungskampf nicht einzumischen. Man befürchtete, die AUNS führe eine kontraproduktive Schengen-Nein-Diskussion. Es brauchte keiner vertieften Analyse, dass die Befürworter der Verschärfung eine Schengen-Dublin-Kampagne führen werden. So kam es auch.

Die AUNS beschränkte sich auf eine Online-Kampagne. Angesichts der deutlichen Annahme der EU-Waffenrichtlinie war die Zurückhaltung ein Fehler.

EU-Rahmenabkommen

Die EU fordert, die Schweiz möge sich gefälligst dem EU-Recht samt EU-Gericht unterstellen. Das Instrument dieser Unterwerfung ist der Rahmenvertrag, den uns die EU mit wachsendem Druck aufnötigen

will. Am 7.12.2018 hat der Bundesrat den Entwurf für ein institutionelles Abkommen (InstA) mit der EU veröffentlicht. Anschliessend nahm er eine Konsultation bei Parteien und Verbänden vor. Am 7.6.2019 beschloss Bundesbern, in drei Punkten von der EU Präzisierungen zu verlangen: beim Lohnschutz, bei den staatlichen Beihilfen (Subventionen) und bei der Unionsbürgerrichtlinie. Der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn empfahl EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: «Wie Sie wissen, ist die Schweiz eine der Hauptnutznießerinnen des EU-Binnenmarkts. ... Der erforderliche politische Wille, den wir sehen müssten, ist nicht gegeben. ... Tatsächlich könnte das Auslaufen der Börsenäquivalenz der Warnschuss sein, den die Schweiz benötigt.» [Brief vom 17.6.2019]. Daraufhin lehnte die EU-Kommission die weitere Anerkennung

**Immer
weniger
Schweiz!**





Am Vorabend des 1. August 2019 übergab eine Gruppe «Gilets rouges» zusammen mit Nationalrat Lukas Reimann der EU-Botschafter in Bern 1.-August-Weggen, Schweizer Fähnli und eine Bundesverfassung der Eidgenossenschaft. Übrigens: der Herr Botschafter hat sich bis heute nicht bedankt – schwach.

des Schweizer Börsenplatzes ab. Das eidgenössische Finanzdepartement unter der Führung von Bundesrat Ueli Maurer konterte die «EU-Strafaktion» wirksam. Die nächste Schikanierung ist bereits angedroht. Brüssel stellt ein Ultimatum, der Bundesrat müsse bis zum 26.5.2020 das Rahmenabkommen akzeptieren, sonst laufe das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse (MRA) im Bereich der Medizinaltechnik aus. Die EU-Turbos rund um den Wirtschaftsverband Economiesuisse und die Parteien FDP und GLP fordern deshalb eine rasche Ratifizierung des vorliegenden Abkommens.

Die AUNS hat im Berichtsjahr ihre Aufklärungsarbeit fortgesetzt. Die vom Bundesrat geforderten Klärungen sind bei Weitem nicht ausreichend und entscheidend. Schwerwiegender für den Schweizer Gesetzgeber und für die direkte Demokratie sind die automatische EU-Rechtsübernahme, die Überwachung durch den EU-Gerichtshof und die «Super-Guillotineklausele» (Art. 22) sowie die Absicht, das Freihandelsabkommen von 1972 dem

Regime des Rahmenabkommens zu unterstellen. Die AUNS forderte mehrmals, die Schweiz müsse die Drohungen aus Brüssel ignorieren. Wie das geht, könnte der Bundesrat – wenn er wollte – in London nachfragen.

EU-Botschafter verlässt den Pfad des Anstandes

Im Zusammenhang mit dem Rahmenabkommen drohte im Sommer der EU-Botschafter in der Schweiz, Michael Mattiessen, mit folgenden Worten: «Wenn Ihr nicht am Tisch sitzt, kommt Ihr auf die Speisekarte!». Bundespräsident Ueli Maurer hat anlässlich seiner 1.-August-Rede in Vevey auf die Gefressen-werden-Sprache reagiert: «Die Schweiz ist ein souveränes und eigenständiges Land. Dafür müssen wir uns nicht entschuldigen. ... Sie (die Speisekarten-Aussage. Anm. Red.) ist kurzfristig und zeugt von wenig Verständnis der politischen Verhältnisse in unserem Land. Unsere Geschichte und auch die persönlichen Erfahrungen haben uns gelehrt, dass Kleine und Grosse, Starke und Schwache gleich zu behandeln seien.»

EU in der Sackgasse

Die Brexit-traumatisierte EU-Elite ist nervös. Und sie vermag es nicht, das Ziel einer sinnvollen Zusammenarbeit in Europa gemeinsam mit freiheitsliebenden Staaten wie Grossbritannien und der Schweiz anzugehen. Sie ist festgefahren in ihrer Ideologie und versteift sich auf Biegen und Brechen in der Noch-mehr-Zentralisierung und in der kompromisslosen Aufrechterhaltung der Personenfreizügigkeit. Statt die europäische Sache ernst zu nehmen und die Brüsseler Konstruktion ernsthaft zu hinterfragen, sollen die Staaten faktisch ihre Eigenständigkeit komplett in einer Union aufgehen lassen. Die französische Zentralmacht-Vision nimmt mit der aktuellen Regierung in Paris ziemlich ungehindert Einfluss in Brüssel. Die Ernennung der Französin Christine Lagarde zur Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB) und der völlig undemokratische, von Paris orchestrierte Personalentscheid, die Deutsche Ursula von der Leyen zur EU-Kommissionspräsidentin zu installieren, sind Wegmarken in Richtung eines etatistischen, zentralistischen und bürgerfremden Machtzentrums.

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1.12.2009 ist die Demokratieentwicklung in der EU gestoppt. Weder eine echte Gewaltenteilung noch effektive Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger sind realisiert. Die Wahl der neuen EU-Kommissionspräsidentin hat aufgezeigt, wie eklatant das Demokratiedefizit in der EU ist. Dies ist umso tragischer, weil die EU-Elite anderen Staaten wie den USA, Grossbritannien und auch der Schweiz lehrmeisterlich aufzeigt, wie Demokratie zu funktionieren habe.

Mitgliederversammlung: «Schweiz und EU: wie weiter?»

Die 33. ordentliche Mitgliederversammlung vom 4.5.2019 fand in der Mehrzweckhalle der Kaserne Bern statt. Der Einladung folgten rund 800 Mitglieder, Gönner, Sympathisanten, darunter AUNS-Gründungspräsident Dr. Christoph Blocher mit seiner Ehefrau.

In seiner Standortbestimmung rief AUNS-Präsident Lukas Reimann dazu auf, den Kampf für den Erhalt einer eigenständigen, direktdemokratischen und neutralen Schweiz verstärkt sichtbarer



Das Motto lautete: «No deal - no problem», eine Feststellung, die mit Blick auf das EU-Anschluss-Rahmenabkommen auch für die Schweiz gilt.



Mitgliederversammlung 2019:
«Schweiz und EU: wie weiter?»

zu machen. Am 19.5.2019 stimme das Schweizer Stimmvolk über die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ab. Erneut werde der freien Schweiz fremdes Recht mit Angstmacherei, Drohgebärden und Erpressungen aufgezwungen. Die EU-Waffenrichtlinie stehe im krassen Gegensatz zum Schweizer Selbstverständnis.

Der UNO-Migrationspakt lege die Grundlage für die weltweite Personenfreizügigkeit. Nicht zuletzt auch dank dem Druck der AUNS habe der Bundesrat den Pakt noch nicht unterschrieben.

Die EU-Kommission habe dem vorliegenden Rahmenabkommen ihren Stempel aufgedrückt. Die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit der Schweiz würden in wichtigen Bereichen – Handel, Wirtschaft, Sozialversicherungen, Zuwanderung usw. – dem EU-Gerichtshof (EuGH) ausgeliefert. Die direkte Demokratie verkomme zur Farce. Auch wenn die AUNS immer wieder für «tot» erklärt werde, sei er als AUNS-Präsident überzeugt, dass die AUNS die Kraft habe, den kommenden Herausforderungen entgegenzutreten. Für die grosse und treue Unterstützung dankte Nationalrat Lukas Reimann den Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten.

Im Zeichen der drohenden EU-Ankettung

Im Zentrum des Programms am Nachmittag stand das Rahmenabkommen. Alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey erklärte ihre Haltung zur EU-Politik. Sie befürworte den EU-Beitritt der Schweiz. Als Gewerkschafterin könne sie aber das vorliegende EU-Rahmenabkommen nicht unterstützen. Der Schutz der Arbeitskräfte in der Schweiz habe Priorität. Zudem sei der vorgeschlagene Streitbeilegungsmechanismus mit einer zu starken Einflussnahme des EU-Gerichtshofs ungenügend. Auf eine Guillotine-Klausel müsse verzichtet werden, wenn sich die Schweiz schon verpflichte, EU-Recht automatisch zu übernehmen und einen definierten Streitbeilegungsmechanismus zu akzeptieren. Das Abkommen müsse besser ausgehandelt und schliesslich in ein Gleichgewicht gebracht werden.

Am anschliessenden Podiumsgespräch unter der Leitung von Reto Brennwald nahmen teil: Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung Economiesuisse, alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher, Nationalrat Hans-Peter Portmann, FDP, und Nationalrat Roger Köppel, SVP. **Rühl und Portmann** forderten, der Bundesrat müsse

das EU-Rahmenabkommen rasch unterschreiben. Einige Präzisierungen seien noch anzubringen. Unter dem Strich sei das Abkommen ein gutes Ergebnis, schaffe Rechtssicherheit und garantiere den bilateralen Weg, der für die Schweizer Wirtschaft lebenswichtig sei. Die Schweiz könne ihre direkte Demokratie weiter ausüben, sie gewinne sogar an Souveränität. **Blocher und Köppl** halten das EU-Rahmenabkommen für den falschen Weg. Das Abkommen führe in die Abhängigkeit der EU-Gesetzgebung und EU-Gerichtbarkeit. Damit werde der Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit geschwächt. Die direkte Demokratie werde in weiten Teilen der Politik ausgeschaltet und die Schweiz verliere an Souveränität. Die Handlungsfreiheit, den Schweizer Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger zu gestalten, gehe mit der beabsichtigten

EU-Einbindung verloren. Früher oder später werde Brüssel die Schweiz zwingen, die Unionsbürgerrichtlinie zu übernehmen mit fatalen Folgen für die Zuwanderung und die Sozialwerke.

[Das Podiumsgespräch ist auf youtube.com und auf auns.ch aufgeschaltet.]

Vorstandswahlen und Statutenrevision

Nationalrat Luzi Stamm entschied sich, das Vizepräsidium einer jüngeren Kraft zu übergeben. Die Amtszeit wird er als Vorstandsmitglied beenden. Aus dem Vorstand demissionierte Christoph Stampfli. Zur neuen Vizepräsidentin für die Deutschschweiz wurde Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder gewählt. Der in Grossbritannien lebende Auslandschweizer Prof. Dr. Nicolas Szita wurde ebenfalls mit grossem Applaus neu in den Vorstand gewählt. Für eine weitere Amtszeit bestätigte die Mitgliederversammlung die Vorstandsmitglieder Elvira Hengeveld, Oswald Kessler und Prof. Dr. Christoph Mörgeli.

Die Mitgliederversammlung verabschiedete einstimmig die vom Vorstand beantragte Statutenrevision.

Die 33. Mitgliederversammlung wurde vom AUNS-Orchester unter der Leitung von Willy Walter umrahmt.

Anerkennungspreis für ausserordentliches Engagement

Grossrätin Carmen Bruss aus Diepoldsau SG hat frühzeitig auf die Gefahren des UNO-Migrationspaktes hingewiesen. Mit ihrer Bewegung «Patrioten Schweiz» star-





Die AUNS ist erfreut, dass wieder ein Ständerat im Vorstand Einsitz nimmt.

tete sie eine Petition. Zusammen mit der AUNS konnte sie der Bundeskanzlei am 20.11.2018 nach nur zwei Wochen Sammelzeit gegen 20'000 Unterschriften gegen den UNO-Pakt überreichen. Deshalb erhält Carmen Bruss den 7. Anerkennungspreis der AUNS.

Vorstand

Der Vorstand tagte vier Mal jeweils am ersten Tag der eidgenössischen Session in Bern unter der Leitung des Präsidenten, Nationalrat Lukas Reimann. Im Zentrum standen die Abstimmung vom 19.5.2019 über die EU-Waffenrichtlinie, die eidgenössischen Wahlen vom 10.10.2019, das Rahmenabkommen und die Begrenzungsinitiative (Abstimmung am 17.5.2020). Für Letztere traf sich ein Vorstandsausschuss zu Arbeitstagen mit dem Ziel, Grundlagen für die Abstimmungskampagne zu erarbeiten.

Der Vorstand beschäftigte sich zudem über die Zukunft der AUNS, wie der Mitgliederbestand konsolidiert werden kann und welche nächsten Aufgaben nach einer allfälligen Abstimmung über das Rahmenabkommen in Angriff zu nehmen sind. Im zweiten Wahlgang vom 17.11.2019 wurde

Vizepräsident Marco Chiesa für den Kanton Tessin in den Ständerat gewählt.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle erledigte Aufträge des Vorstandes und Aufgaben auf der operativen Ebene: Administration, Vorbereitung der Vorstandssitzungen, Redaktionsarbeit, Internet, Social Media, Mitgliederdienste, Mitgliederwerbung, Spendenaktionen, Vernehmlassungen, Unterstützung von Schüler- und Studentenarbeiten, Teilnahme des Geschäftsführers an politischen Veranstaltungen (16.3.2019: Podium bei foraus / 22.3.2019: Referat bei Schweizer Demokraten Kanton SG / 8.4.2019: Schweizerzeit TV «Waffenrecht» / 3.5.2019: Referat an der Hauptversammlung der Unternehmervereinigung gegen den EU-Beitritt / 17.5.2019: Arena srf / 23.5.2019: Referat am Polit-Lunch SVP ZH / 24.-25.7.2019: Politcamp der Jungen SVP Schweiz / 6.12.2019: Fête de l'indépendance ASIN Valais / 8 Info-Abende zum Rahmenabkommen mit Dr. Ueli Schlüer), Kontakte zu Behörden, Medien und befreundeten Organisationen. Der vollamtliche Geschäftsführer Werner Gartenmann wird unterstützt vom Sekretariat,

das von Katharina Fischer (60 %) und von Sandra Flück (60 %) besetzt wurde. Eine wichtige Stütze für die Geschäftsstelle ist die weitsichtige und unentgeltliche Arbeit des Kassiers Christoph Kunz.

Auf den 1.4.2019 wurde die Geschäftsstelle von Bern nach Lauterbrunnen verlegt. Damit erfolgte eine spürbare Kostenersparnis. Da die Geschäftsstelle wenig Publikumsverkehr hat und die beiden verbliebenen Mitarbeiter in der Region wohnen, war der Umzug sinnvoll. In der Zwischenzeit funktioniert die Geschäftsstelle am neuen Standort ohne Schwierigkeiten. Nach 33 Jahren tatkräftiger Mitarbeit auf der Geschäftsstelle hat Katharina Fischer am 1.4.2019 den wohlverdienten Ruhestand angetreten. Ihr gilt unser grosser Dank für die langjährige, treue und engagierte Arbeit zugunsten der AUNS.

In den Kantonen sind unsere Stützpunktleiterinnen und -leiter bestrebt, lokal/regional mit verschiedenen Aktionen aktiv die AUNS-Ziele zu verbreiten. Im Kanton Tessin betreut Vorstandsmitglied Mauro Damiani die AUNS, und für die Suisse romande ist Vorstandsmitglied Kevin Granjier zuständig.

Zusammenarbeit

Mit folgenden Organisationen arbeitete die AUNS im Berichtsjahr zusammen:

- Komitee EU-No: Abstimmungskomitee gegen das EU-Rahmenabkommen, Präsident Dr. Christoph Blocher, ab 1.1.2019 Nationalrat Roger Köppel. AUNS-Geschäftsführer ist im Vorstand (www.eu-no.ch)

- Schweizerzeit Verlag AG, a. Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer (www.schweizerzeit.ch)
- Schweizerische Volkspartei, Generalsekretariat, Bern (www.svp.ch)
- Junge Schweizerische Volkspartei, Präsident Kantonsrat Benjamin Fischer (www.jsvp.ch)
- Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, Präsident a. Nationalrat und a. Grossrat Thomas Fuchs (www.prolibertate.ch)
- Unternehmervereinigung gegen den EWR/EU-Beitritt, Präsidentin Gerda Strasser (www.unternehmer-vereinigung.ch)
- Komitee selbstbewusste freie Schweiz, Präsident Reinhard Koradi (www.selbstbewusstundfrei.ch)
- patriotenschweiz.ch, politische Interessensgemeinschaft, Kantonsrätin Carmen Bruss
- Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht PROTELL, Präsident a.i. Nationalrat Jean-Luc Addor und Sekretär Robin Udry (www.protell.ch)
- Forschungsinstitut direkte Demokratie, Dr. René Roca (www.fidd.ch).





Junge AUNS «strong & free»

Unter dem Präsidium von Vorstandsmitglied Sandra Schneider schreitet der Aufbau der AUNS-Jugendorganisation voran. Im Sommer fand der 2. «Polit-Workshop», verbunden mit einer Schlauchboot-Fahrt auf der Aare statt. Begleitet wurde die Tour von Nationalrätin Andrea Geissbühler. Die Gruppe motivierter junger Leute wächst.

Veranstaltungen

- 4.5.2019: 33. ordentliche Mitgliederversammlung in Bern.
- 23.11.2019: Veranstaltung «Schweiz – EU: was ist zu tun?» im Hotel Marriott Zürich mit Dr. Christoph Blocher («Die Schweiz steht an einem Wendepunkt») und Prof. Dr. Reiner Eichenberger («So nützt Zuwanderung allen. Eine ökonomische Analyse»). Veranstalter: AUNS, Unternehmervereinigung gegen den EU-Beitritt, Komitee selbstbewusste freie Schweiz, Schweizerzeit, Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt (EU-No), Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, Junge AUNS «strong & free».

- 16.11.2019: Bern/Grauholz (Moosseedorf), Exkursion «Die Besetzung der Schweiz durch die Franzosen 1798 (Franzosen-einfall)» mit Dr. phil. Jürg Stüssi-Lauterburg, Windisch, Historiker.
- Info-Abende («Leserbriefkurse») zum EU-Rahmenabkommen: Referenten Dr. Ueli Schlüer (Schweizerzeit) und Werner Gartenmann (AUNS) in Aarau, Bern, Brig, Chur, Frauenfeld, Interlaken, Luzern, Olten.

Social Media und Print

Die Nutzung der digitalen Technologien und Medien ist zum festen Bestandteil der Tätigkeit geworden. Die AUNS-Facebook-Seite verzeichnete wieder wachsende Besucher- und Abonnentenzahlen und ist zum lebendigen Austragungsort politischer Diskussionen geworden. Auch die Tätigkeit auf dem Twitterkonto wurde verstärkt. Für Youtube wurden verschiedene Clips realisiert. Die Zahl der Mitglieder, welche die Unterlagen nur noch elektronisch wünscht, wächst. Das digitale Zeitalter macht sich spürbar.

Druckerzeugnisse

- «AUNS Bulletin», vier Ausgaben, Nr. 196 bis 199 (deutsch, französisch, italienisch)
- Extra-Ausgabe «AUNS-Bulletin» zu den eidgenössischen Wahlen vom 20.10.2019 (deutsch, französisch, italienisch)
- 33. Geschäftsbericht 2018 (deutsch, französisch, italienisch)
- Faltprospekt «Immer weniger Schweiz? Nein zum EU-Rahmenabkommen» (deutsch, französisch, italienisch)
- Sonderdruck «Rahmenabkommen unter der Lupe», Editorial in der Weltwoche Nr. 4-19 von Nationalrat Roger Köppel (deutsch, französisch, italienisch)
- Kommentierte Fassung «Institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU», gemeinsame Herausgabe mit Komitee Nein zum schleichenden EU-Beitritt und Weltwoche (deutsch)
- Flugblatt Kanton St. Gallen gegen die EU-Waffenrichtlinie
- Flugblatt Kanton Tessin anlässlich der eidg. Wahlen
- Bestell-/Beitrittskarten, Spendenflyer usw. (deutsch, französisch, italienisch)
- Kleber «Weniger EU – mehr Schweiz»

(deutsch, französisch, italienisch)

- AUNS-Kalender 2020 (deutsch)

Die AUNS berücksichtigt ausschliesslich Unternehmen, die in der Schweiz produzieren.

«sui-fashion und gilets rouges»

Der Verkauf der AUNS-Bekleidungsline sui-fashion (www.sui-fashion.ch) konnte im Berichtsjahr fortgesetzt werden. sui-fashion wirft Gewinn ab. Der gilet-rouge-Verkauf lief auf Hochtouren (www.gilets-rouges.ch).

Zunehmend sieht man an Veranstaltungen unsere Gilet-Trägerinnen und -träger. Ein erster Höhepunkt waren die rund 90 Gilets an der Exkursion «Grauholz» vom 16.11.2019.

Jahresrechnung und Bilanz 2019

Die 32. ordentliche Mitgliederversammlung vom 28.4.2018 beschloss, die Jahresbeiträge moderat zu erhöhen: Einzelmitglied CHF 45, Ehepaar CHF 60, Gönner CHF 100, Sympathisanten nach freiem Ermessen. Mit CHF 1'052'024.89 übertraf der Ertrag das Budget um CHF 251'024.89. Das gute Resultat konnte dank unzähligen zusätzlichen Spenden zugunsten der Abstimmungskampagne über die Begrenzungsinitiative erzielt werden. Der gute Börsenverlauf ermöglichte einen Wertschriftenertrag von CHF 70'075.58. Der Aufwand betrug total CHF 899'321.67 und fiel gegenüber dem Budget um CHF 144'071.67 höher aus. Die Online-Kampagnen und diverse Flugblatt-Aktionen gegen die EU-Waffenrichtlinie (Volks-



Jahresrechnung und Bilanz 2019

	Rechnung 2019	Budget 2019	Rechnung 2018
Einnahmen			
Beiträge und Spenden	961'861.26	795'000.00	1'059'445.39
Verkauf	19'992.90	5'000.00	7'975.00
Finanzertrag, Rückvergütungen	70'170.73	1'000.00	0.00
Total Einnahmen	1'052'024.89	801'000.00	1'067'420.39
Ausgaben			
Propaganda, Werbung	321'876.68	320'000.00	280'901.85
Mitgliederbriefe, Presse	171'145.76	134'250.00	136'900.20
Sonderaktionen	242'731.75	150'000.00	352'699.65
Abschreibungen	1'000.00	1'000.00	2'000.00
Allgemeines, inkl. Finanzaufwand	162'567.48	150'000.00	183'026.35
Total Ausgaben	899'321.67	755'250.00	955'528.05
Zusammenstellung			
Total Einnahmen	1'052'024.89	801'000.00	1'067'420.39
Total Ausgaben	899'321.67	755'250.00	955'528.05
Jahresergebnis 1	152'703.22	45'750.00	111'892.34
Aufwand BGI + Ref. EU-Waffendiktat	-152'703.22	0.00	-283'445.60
Entnahme aus dem EU-Sonderfonds	0.00	0.00	154'961.65
Jahresergebnis 2	0.00	+45'750.00	-16'591.61

- : Ausgabenüberschuss / + : Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2019

Vorjahr 2018

Kasse	57.30		317.55	
Konten bei Postfinance	429'974.96		378'538.98	
Konten bei Banken	158'268.75		98'669.08	
Wertschriften	747'629.00		686'101.00	
Guthaben	577.00		19'976.15	
EDV-Anlage, Mobiliar	7'700.00		8'700.00	
Kreditoren		32'123.88		39'503.20
Transitorische Passiven		11'030.35		4'450.00
Sonderfonds EU-Kampf		552'703.22		400'000.00
Kapital		748'349.56		748'349.56
	1'344'207.01	1'344'207.01	1'192'302.76	1'192'302.76

abstimmung vom 9.5.2019), zusätzliche Mitgliederversand-Aktionen und andere Tätigkeiten (Empfehlung eidg. Wahlen, «Bettelbrief-Aktionen», der Umzug der Geschäftsstelle, Veranstaltungen, Online-Mitgliederwerbung) waren die Ursachen für die Mehrausgaben. Andererseits konnten bei den Löhnen und den Mieten Einsparungen erreicht werden. Die EDV und andere Kosten für den laufenden Betrieb erfüllten die Budgetvorgaben. Unter dem Strich resultiert ein Jahresgewinn 1 von CHF 152'703.22. Dieser wird dem Sonderfonds EU-Kampf zugeführt, und im Jahr 2020 für die Abstimmungskampagne für die Begrenzungsinitiative verwendet. Das Jahresergebnis 2 ist somit ausgeglichen.

Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2019 wie im Vorjahr CHF 748'349.56.

Der Tausender-Klub, die Sponsorenvereinigung der AUNS, traf sich zu einem Gedankenaustausch mit alt Botschafter Dr. Paul Widmer in Zürich. Die Klubmitglieder bezahlen zusätzlich zum ordentlichen Jahresbeitrag mindestens CHF 1'000 im Jahr. Der Klub wird von Vorstandsmitglied Gérard Olivary betreut.

Die Mitgliederzahl bleibt unter Druck. Im Berichtsjahr konnten zwar über 400 neue Mitglieder gewonnen werden. Leider verlieren wir aber altersbedingt zunehmend viele treue Mitglieder, die seit der Gründung der AUNS 1986 oder seit dem EWR-Unabhängigkeitskampf 1992 aktiv waren. An dieser Stelle gedenken wir unserer Verstorbenen und halten sie als Vorbilder in Erinnerung.

Dank

Der Vorstand und die Geschäftsstelle danken allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten für die grosszügige und treue Unterstützung im Geschäftsjahr 2019.

Die Schweiz am Wendepunkt

Europa und besonders die EU sind in Bewegung. Der Austritt Grossbritanniens aus der EU ist am 31.1.2020 erfolgt und eröffnet auch für die Schweiz neue Denkmodelle, wie das Verhältnis mit der EU gestaltet werden könnte. Weltweit hat sich die sicherheits- und handelspolitische Lage nicht beruhigt. Die «Klima-Diskussion» dominierte die Medien, veranlasste politische Akteure, Regierungen, die EU-Kommission und selbst die UNO-Chefetage zu fragwürdiger «operativer Hektik».

Die Schweiz hat nach wie vor gute Voraussetzungen, den vielseitigen Heraus-





forderungen erfolgreich zu begegnen. Das neu gewählte Parlament wird zeigen müssen, wie es die Zukunft des Landes gestalten will, ohne unsere Erfolgsfaktoren Unabhängigkeit, Selbstbehauptung (Armee!), Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und freiheitliche Ordnung im Kern zu beschädigen. Kurz vor Redaktionsschluss des Geschäftsberichtes 2019 berichteten das Schweizer Radio srf und die Weltwoche, dass die amtierende Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga am WEF in Davos zusammen mit Ratskollegin Karin Keller-Sutter und Ratskollege Ignazio Cassis mit der EU-Kommission vereinbart hat, dass Brüssel bis nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative keinen weiteren Druck wegen des Rahmenabkommens ausüben werde. Damit soll verhindert werden, dass die Begrenzungsinitiative Zustimmung erhalte. Aber nach dem 17.5.2020 werde die

EU-Kommission mit Härte das Abkommen erzwingen. Dieser Vorgang zeigt, wie die «Classe politique» Schweizer Interessen preisgibt und den Souverän, das Schweizer Volk, manipuliert.

Nach der Nichtumsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (Bundesverfassungsartikel 121a) ist diese Geheimabsprache mit Brüssel der vorläufige Höhepunkt des politischen Niedergangs in Bern. Man erinnert sich an Zeiten kurz vor dem Franzoseneinfall 1798, als die Berner Obrigkeit am Vorabend der Schlacht am Grauholz die Kapitulationsurkunde den Franzosen aushändigte. Am nächsten Tag starben aufrechte Eidgenossen – Frauen und Männer – auf dem Schlachtfeld.

Die Schweiz am Wendepunkt? Ja. Wir haben es in der Hand. Die AUNS ist gefordert.

Titelseite:

Bundeshaus: Neben weiteren Figuren befinden sich an der Nordfassade zwei von Maurice Hippolyte Reymond geschaffene Bronzefiguren: Der Geschichtsschreiber der Vergangenheit (links, im Geschäftsbericht auf Seite 3) und der Gegenwart (rechts).

Auf dem Titelbild des Geschäftsberichtes ist der Geschichtsschreiber der Gegenwart abgebildet, welcher die eintretenden Behördenmitglieder ermahnt, dass ihre Beschlüsse dauerhaft in die Geschichte eingehen werden. Der Geschichtsschreiber der Vergangenheit, ein älterer Mann, hält den Politikern ein Geschichtsbuch als Wegleitung für ihre Handlungen entgegen.